



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Minister**

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 13. Dezember 2007

**Bericht gem. § 10 Abs. 2 S. 3 LHO und § 8 Abs. 13 Haushaltsgesetz 2007/2008**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gem. VV zu § 10 Abs. 2 S. 3 LHO unterrichtet das Finanzministerium den Finanzausschuss unverzüglich über erhebliche Änderungen der Haushaltsentwicklung, sofern sie politisch besonders bedeutsam sind oder ein Volumen von 25 Mio. € überschreiten.

Gem. § 8 Abs. 13 Haushaltsgesetz 2007/2008 unterrichtet das Finanzministerium den Finanzausschuss, wenn im Verlauf des Haushaltsjahres erkennbar wird, dass bestimmte Ausgabetitel voraussichtlich in erheblichem Umfang nicht ausgeschöpft werden.

Während der Haushaltsablauf 2007 sich nach dem Halbjahresbericht noch weitgehend planmäßig gestaltete, ist inzwischen bei einigen Titeln eine Entwicklung eingetreten, über die ich Sie hiermit unterrichte.

Der Stand der Einnahmen / Ausgaben gegenüber dem Soll ergibt sich aus der Anlage. Zur weiteren Entwicklung bei diesen Titeln berichte ich wie folgt:

## 1. **0410 - 812 63 TG 63 Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems**

Von den im Haushaltsjahr 2007 bei der Titelgruppe 63 „Digitalfunk“ insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 27,1 Mio. € werden schätzungsweise 22,3 Mio. € nicht benötigt.

Der Grund dafür ist, dass der Abschluss des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern erst 2007 statt wie vorgesehen 2006 zustande kam. Außerdem konnte der Zuschlag für die Leitstellentechnik der vier Regionalleitstellen bisher nicht erteilt werden, da ein unterlegener Bieter Rechtsmittel eingelegt hat. Eine Gerichtsentscheidung steht noch aus.

Der Betrag kann sich noch um 3,1 Mio. € auf 25,4 Mio. € erhöhen, wenn die in 2007 geplante Auftragserteilung für die vier Regionalleitstellen nicht mehr erfolgen kann (für den Fall, dass das Gericht nicht mehr 2007 entscheidet).

Die Maßnahme verschiebt sich in die Folgejahre.

Die wesentlichen Abweichungen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Bei Titel 0410 - 812 63 „Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems“ werden 2007 von den veranschlagten 25,0 Mio. € voraussichtlich 20,9 Mio. € - oder aus den oben genannten Gründen sogar 24,0 Mio. € - nicht abfließen, da in 2007 noch keine Ertüchtigungsmaßnahmen für Antennenstandorte erfolgen werden und sich der Aufbau der Leitstellentechnik verzögert. Die Verzögerungen beim Aufbau der Netz- und Leitstellentechnik haben eine entsprechende Reduzierung der Ausgaben im Bereich der Digitalfunkendgeräte zur Folge.

In 2007 werden bei Titel 0410 - 514 63 „Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und den Digitalfunk“ von den veranschlagten 1,4 Mio. € voraussichtlich 1,1 Mio. € nicht benötigt, da noch keine Betriebs- und Mietkosten für Basisstationen und ihre Anbindung an das Digitalfunknetz anfallen. Diese Kosten werden voraussichtlich ab 2008 zu zahlen sein; hier sind für 6 Monate etwa 1,2 Mio. € eingeplant. Der geplante Mittelabfluss in 2007 in Höhe von rund 0,3 Mio. € enthält rund 0,27 Mio. €, die nach dem Wirtschaftsplan der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) von Schleswig-Holstein als Anteil an den Betriebskosten Funknetz S-H, den Basisbetriebsleistungen und dem Betrieb der Testplattform (hauptsächlich allgemeine Finanzierungsbeiträge nach § 15 des Verwaltungsabkommens über den Aufbau und Betrieb des Digitalfunks für BOS) zu zahlen sind. Die übrigen 0,03 Mio. € sind für notwendige Schulungsmaßnahmen des Personals des IuK-Personals der Landespolizei vorgesehen.

Mietkosten für die Regionalleitstellen werden erst ab 2009 entstehen, das heißt nach Übergabe der Leitstellen. Für die Regionalleitstellen „Mitte“ in Kiel und „Nord“ in Harrislee werden keine Mietkosten anfallen.

Soweit es die Veranschlagung für 2008 betrifft, werden wegen der eingetretenen Verzögerung voraussichtlich Mittel in Höhe von rund 4,1 Mio. Euro nicht benötigt.

Alle Mittel, die 2007 und 2008 nicht abfließen können, sollen 2009 und 2010 erneut veranschlagt werden.

**2. 0416 - 231 01 Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld und 0416 - 633 01 Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen**

Das Wirtschaftswachstum im Norden hat sich im Jahresverlauf 2007 positiv entwickelt. Die Zahl der Unternehmen und deren Umsätze wuchsen, die Arbeitslosigkeit ging zurück und die Jahresbruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten erfuhren einen gewissen Anstieg. In Folge dieser erfreulichen Entwicklung verringerte sich die Zahl der Wohngeldempfänger.

Von den Mitteln zur Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen werden bis Jahresende voraussichtlich 16,1 Mio. € weniger benötigt als ursprünglich vorgesehen. In Folge dessen werden bei Titel 0416 - 231 01 voraussichtlich 8,1 Mio. € Bundesmittel weniger vereinnahmt.

Aus einem Teil des Saldos der Mindereinnahmen und Minderausgaben wird die globale Minderausgabe für das Innenministerium in Höhe von 2,9 Mio. € gedeckt, siehe Umdruck 16/2240.

**3. 0601 - 122 01 Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze**

Insgesamt werden bei den Feldes- und Förderabgaben für Erdöl am Ende des Jahres Mindereinnahmen in Höhe von 46,9 Mio. € erwartet.

Durch einen früher als erwartet eingetretenen Wassereinbruch bei der Erdölförderung reduzieren sich die Einnahmen um ca. 20,0 Mio. €. Des Weiteren führte der niedrige Dollarkurs im 1. Quartal 2007 zusammen mit einem Ölpreis von zum selben Zeitpunkt nur 50 \$ / bbl. zu hochgerechnet 30,0 Mio. € weniger Einnahmen.

Der derzeit sehr hohe Erdölpreis wirkt sich erst im nächsten Jahr aus, weil die Firmen vertragsgemäß im Januar 2008 das 4. Quartal 2007 abrechnen.

**4. 0602 - 346 05 Zuweisungen der EU im Rahmen des Zieles „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ in der Strukturfonds-Förderperiode 2007 bis 2011**

Aufgrund der späten Genehmigung des operativen Programms (05.07.07) durch die Europäische Kommission ist die erste Abschlagszahlung erst relativ spät beim Land SH eingegangen.

Weitere Einnahmen sind in 2007 nicht zu erwarten, so dass mit 42,8 Mio. € Mindereinnahmen gerechnet werden muss.

**und 0602 MG 17 Zukunftsprogramm Wirtschaft**

s. a. 0602 - 346 05. Auf Grund von Verzögerungen beim Programmstart betragen die zu erwartenden Minderausgaben 47,3 Mio. €. Die Programmabwicklung verschiebt sich entsprechend in die Folgejahre.

**5. 0710 - 883 62 TG 62 Aufbau und Weiterentwicklung von Ganztagschulen öffentlicher Träger**

Die für 2007 für den Aufbau und die Weiterentwicklung von Ganztagschulen öffentlicher Träger veranschlagten Mittel fließen voraussichtlich in Höhe von 11,0 Mio. € nicht ab. 1,0 Mio. € davon sollen in das Jahr 2008 verschoben werden. Dieses soll im Rahmen des SH-Fonds realisiert werden. Die verbleibenden 10,0 Mio. € sollen gemäß den getroffenen Absprachen aus 2007 in das Jahr 2009 verschoben werden. Entgegen der bisherigen Planung wird statt für 2007 nunmehr für 2008 angestrebt, eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung aus dem SH-Fonds in den Einzelplan 07 umzusetzen. Die erforderlichen Anträge wurden bereits beim MWV gestellt.

Die dargestellten Maßnahmen sind notwendig, da Schulträger für Baumaßnahmen lange Planungszeiten benötigen. Hinzu kommen derzeit die Änderungen in der Schullandschaft und -trägerschaften durch das neue Schulgesetz, so dass es bisher nicht möglich war, für die Programmjahre 2008/09 die Mittel vollständig zu vergeben und zu binden. Erst nach Veröffentlichung des Programms Ende Dezember steigen die Schulträger überwiegend in die konkrete Bauplanung ein, die wiederum Voraussetzung für die Kostenfestsetzung ist. Aufgrund der Kostenfestsetzung wird der Bescheid durch die IB erteilt und gleichzeitig werden die Mittel gebunden und die beantragte Verpflichtungsermächtigung (10,0 Mio. €) damit in Anspruch genommen. Da die Bindung - wie dargestellt - erst in 2008 erfolgen kann, wird die Verpflichtungsermächtigung nunmehr in 2008 benötigt.

**6. 1116 Ausgaben MG 01 und 02 Zinsausgaben Kreditmarkt**

Bei den Zinsausgaben werden bis zum Jahresende voraussichtlich Einsparungen i. H. v. 37,9 Mio. € entstehen. Der wesentliche Teil der Minderausgaben resultiert aus der erfreulichen Absenkung der Neuverschuldung in 2006. Daneben konnten Einsparungen durch gezielte Optimierungsmaßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements erreicht werden. So konnte ein beachtlicher Teil der in 2007 zinswirksamen Finanzierungen zu einem günstigeren Zinssatz als prognostiziert am Kapitalmarkt eingedeckt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Rainer Wiegard

**Anlage**

1 Titel / Maßnahmegruppe / Titelgruppe	2 Bezeichnung	3 Haushaltsansatz Jan. bis Dez. 2007 Mio. €	4 Ist Jan. bis Nov. 2007 Mio. €	5 voraussichtl. Jahres-Ist 2007 Mio. €	6 voraussichtl. Mindereinnahme / Minderausgabe 2007 Mio. €
0410.63.	Digitalfunk	27,1	0,5	1,7	25,4
0416.00.23101	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	29,0	19,3	20,9	8,1
0416.00.63301	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	58,0	38,0	41,9	16,1
0601.00.12201	Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze	140,0	92,4	93,1	46,9
0602.00.34605	Zuweisungen der Europäischen Union im Rahmen des Zieles "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" in der Strukturfonds-Förderperiode 2007-2013	50,3	7,5	7,5	42,8
0602.17	Titelgruppe "Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein" (ZuSH) 2007 bis 2013 - Infrastrukturmaßnahmen -	56,5	0,4	9,3	47,3
0710.62.88362	Aufbau und Weiterentwicklung von Ganztagschulen öffentlicher Träger	16,5	4,0	5,5	11,0
1116 MG 01 und 02	Zinsausgaben Kreditmarkt	980,0	888,8	942,1	37,9
Summe	Mindereinnahmen				97,8
Summe	Minderausgaben				137,7
Saldo	Einsparung				39,8